Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich einmal, außer den 2. Feiertagen.
Bezugspreis für Abholer 0,60 Goldmark.
Auch durch d. Post zu beziehen. Preise freibleibend.
Redaktion: Fehlandstraße 11, erster Stock.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Bugdahn, Altona.
Anzeigen-Annahme: Fehlandstraße 11, 1. Stock.
Buchhandlung: Erdgeschoß.
Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, erster Stock.

Bezugspreis frei Haus vom 16. bis 22. Februar 1924 0,70 Goldmark.
Zahlbar am 16. Februar

Einzelverkaufspreis 15 Pfennig Gold.

Hamburger Echo

Anzeigenpreise verstehen sich in Goldmark: die 13gespalt. Petitzeile 40 Pfg. Private Familien-Anzeigen 20 Pfg. Stellenangebote 25 Pfennig, Stellengesuche 20 Pfg. Kleine Anzeigen bis 9 Zeil. die Zeile 20 Pfg., 10 b. 15 Zeil. 25 Pfg. Reklamez. 2 Mk. Anzeigen müssen im voraus oder sofort bezahlt werden.
Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im ersten Stock (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag) in den Filialen (bis 3 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 47. Sonnabend, den 16. Februar 1924. 38. Jahrgang.

Preußen in Not?

Es wird immer schöner in unserm lieben Deutschland, ganz und gar wie zu Ludwigs XIV. Zeiten scheint es zu kommen: die Welt da draußen wächst in immer größere Verhältnisse und Frankreich reißt immer mehr Macht an sich, derweil aber fressen wir Deutschen uns gegenseitig auf, durch gegenseitige Bekämpfung der Stämme wird das Reich endlich ganz ohnmächtig und unfähig, sich aus der Ohnmacht wieder zu erheben. Das neueste Stücklein in diesem inneren Krieg ist die Bildung eines Schutzverbandes für Preußen, der den Namen „Preußenring“ trägt und laut einer Wolffschen Meldung „bereits Persönlichkeiten aus allen Kreisen“ zu Mitgliedern hat. Der „Preußenring“ hat rasch sein Kampfgeschrei herausgegeben: Preußen in Not! Der Aufruf bezeichnet als Ziel des Preußenringes die Beseitigung aller gegen Preußen gerichteten Verfassungsbestimmungen, Erhaltung der Kraft und Unversehrtheit des preußischen Staates und Durchdringung Preußens mit nationaler Energie und deutscher Freiheit. Die tonangebenden Leute im „Preußenring“ scheinen linksstehende Volksparteiler und rechtsstehende Demokraten zu sein, die vorläufige Namensaufzählung liest sich wie ein Fraktionsregister für eine Sezession aus der alten nationalliberalen und deutsch-freisinnigen Partei. Vielleicht spricht auch die Absicht mit, die Demokratische mit der Volkspartei zu verkoppeln. Die Geschäfte des „Preußenrings“ leitet vorläufig der bekannte Herr Leibig, der lange Zeit in der nationalliberalen Partei die Professoren gegen die Schwerindustriellen führte. Dann begegnet man den Namen Mugdan und Wiemer, beide bekannt aus der Zeit der schlimmsten politischen Entartung der ehemaligen Deutsch-Freisinnigen Partei; sie waren namentlich sozial Rückschrittler und politisch Hindernisse gegen die Erfüllung der Deutschfreisinnigen mit demokratischem Geiste. Wo diese Herren politisch am Werke sind, da kann man auf den Geist schließen, der nach Königgrätz sich löblich unterwarf, so sehr er vorher auch gegen Bismarcksche Eidbrüche deklamierte. Und allerdings kann dieser Geist als Vertreter eines bürgerlich wohltemperierten Preußentums gelten. Nur ist dieses Preußentum veraltet und nicht minder wie bayrischer „Föderalismus“ ein Hindernis für ein Reich in demokratischer Einheit.

Ohne weiteres ist die preußische Gründung auch als Reaktion gegen bayrische Torheiten erkennbar, aber das entschuldigt das Unternehmen nicht. Die Preußen hätten aus dem Schaden, den das bayrische Treiben dem Reich zufügt, wahrhaftig etwas Besseres lernen können, als den Bayern es nachzutun. Allerdings stehen in der Verfassung Klauseln, die den preußischen Einfluß im Reichsrat einschränken, unter andern wirkt in dieser Richtung jene Bestimmung, laut der die Provinzen einen Teil der preußischen Reichsratsvertreter stellen; auf diese Art kann Preußen niemals das ganze Gewicht seiner zentralen staatlichen Zusammenfassung in die Wagschale werfen. Als die Bayern ihren Feldzug gegen den „Unitarismus“ der Weimarischen Verfassung unternahmen, da ließ sich voraussehen, daß aus Preußen der Gegenhieb geführt werde. Aber was kann denn aus solcher gegenseitigen Bekämpfung Gutes entstehen? Am Ende wird das Reich geschädigt und zwangsläufig fällt der Schaden auf die Glieder zurück. Die bayrischen „Föderalisten“ sollte man positiv bekämpfen, und zwar durch Vermeidung jener Schäden, über die Bayern wie auch andere deutsche Länder sich mit Recht beklagen; sie entspringen namentlich der Ueberspannung der zentralistischen Idee. Oder richtiger: der Verkrüppelung der Idee durch einen öden Bureaukratismus, der alles über einen Kamm schert und unfähig ist, die Idee so elastisch zu handhaben, daß darunter berechtigte Sonderinteressen nicht leiden.

Dafür hat leider den Berlinern allzu sehr der Sinn gefehlt. Dort meint man, zähes Festhalten an preußischem Besitz genüge, und Preußen werde schließlich doch der große Planet sein, der durch die eigene Anziehungskraft alle benachbarten Körper aufsauge. Die Erfahrungen beweisen jedoch das Falsche dieser Meinung. Preußen würde für die Einheitsidee viel besser werben, wenn es seinerseits nicht als ein geiziger Mann sein Besitztum hütet, sondern danach schaut, was der Gemeinschaft nottut, und also unter Umständen an Glieder der Gemeinschaft austeilt. Hätte Preußen den Reichsgedanken in dieser Weise gehandhabt, so würde es schließlich selbst den größten Gewinn eingestrichen haben. In ganz Deutschland würde sich ein Begriff herausgebildet und befestigt haben, der die Willkür der Ländergrenzen nicht länger duldet und die Reichsgliederung gemäß natürlichen und wirtschaftsgeographischen Zusammenhängen vollzieht. Womit von selbst das Spielzeug der verzettelten Staaten Braunschweig und Anhalt aufhören würde, und zwar durch Aufgehen in Preußen. Aber die preußischen Politiker wissen nun einmal nichts Besseres anzufangen, als immer wieder auf ihren Schein und auf ihre Macht zu pochen; sie werden ja wahrscheinlich auch den Bedürfnissen nach Umbildung im Westen solange abweisend gegenüberstehen, bis schließlich jeder Einfluß auf die Dinge den Preußen entgleitet.

Deutschland bedarf dringend der Erlösung von den Willkürlichkeiten des staatlichen Aufbaues. Aber der neue „Preußenring“ kann uns aus dem Elend nicht heraushelfen, er ist ein verfehltes und schädliches Unternehmen.

Ein großzügiges Finanz- und Reparationplag.

Ueber das Ergebnis der Berliner Sachverständigenberatungen, über die im Zusammenhang mit der geplanten Goldnotenbank auch an anderer Stelle berichtet wird, erfahren die Blätter, daß das von den Sachverständigen ausgearbeitete Projekt einen großzügigen Finanzplan darstelle, der die organische Verbindung zwischen Währungsreform und Reparationen herstellen solle. Als Vorbedingung für das Sanierungswerk werde

von sämtlichen Sachverständigen einschließlich der französischen und belgischen die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit des Reiches angesehen.

Das Reich müsse wieder die volle Verwaltungssouveränität auch in bezug auf die Steuern und Zölle, und zwar im besetzten wie im unbesetzten Gebiet erhalten. Ebenso herrsche unter den Sachverständigen

Uebereinstimmung darüber, daß dem Deutschen Reiche ein Moratorium gewährt werden müsse.

Bis zur Wiederherstellung der deutschen Zahlungsfähigkeit müsse Deutschland eine im Auslande aufzubringende Anleihe gewährt werden, die garantiert werden soll durch die Reichsbahnen, Zölle, Steuern, Grund und Boden, der nach dem Rentenbankfsystem pfandfähig gemacht werden könnte. Von dem Anleihebetrag würde Frankreich einen großen Teil sofort erhalten und könnte auf diese Weise über seine gegenwärtige schwierige Finanzlage hinwegkommen. Nach der Ausbalancierung des deutschen Etats solle zum Zwecke der Reparationsleistung eine Kriegsschuldensteuer erhoben werden, die nicht geringer sein dürfe als die steuerlichen Lasten, die die alliierten Mächte zur Abdeckung der Kriegsschulden aufbringen und deren Betrag der Reparationsabteilung der zu schaffenden deutschen Goldnotenbank zugeführt werden solle. Die Bank werde dann die eingehenden Beträge an die Reparationsgläubiger weiterleiten.

*

WTB. Paris, 15. Februar. General Dawes sagte, dem „Petit Parisien“ zufolge, nach seinem Wiedereintreffen in Paris lediglich, er könne erklären, daß er von der ihm in Deutschland gewährten Unterstützung sehr befriedigt sei. Man habe von den Deutschen alle Auskünfte erhalten, um die nachgesucht worden sei.

Ungünstigere Reichsfinanzen.

Die Geldbewegung bei der Reichshauptkasse nahm in der Zeit vom 1. bis zum 10. Februar 1924 einen ungünstigeren Verlauf als in den Januardekaden.

Vereinnahmt wurden rund 79,58, ausgegeben aber 113,49 Goldmillionen.

Das Defizit beträgt also genau 33,914 358 Goldmillionen. Dadurch erhöhen sich die durch Steuern nicht gedeckten Ausgaben auf 662,8 Goldmillionen. Die Einnahmen sind gegenüber dem letzten Drittel des Monats Januar um 110 Goldmillionen zurückgegangen, dagegen ist es der Regierung gelungen, die Ausgaben von 199 Goldmillionen auf 113 Goldmillionen zu verringern.

Aus dem Verkauf von Rentenmarkschatzwechseln erzielte das Reich in der Zeit vom 1. bis zum 10. Februar nicht weniger als 47,65 Goldmillionen. Das sind mehr als 50 % der in derselben Zeit erfolgten ordentlichen Einnahmen. Durch den vermehrten Verkauf von Rentenmarkschatzwechseln hat sich die Ausgabe derselben auf 207,8 Goldmillionen erhöht.

Offizielle Anerkennung Sowjetrußlands durch Norwegen.

SPD. Christiania, 15. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Norwegen hat heute offiziell Sowjetrußland de jure anerkannt. Die betreffenden Dokumente wurden im norwegischen Auswärtigen Amt vom Außenminister für Norwegen und von Frau Kollentai, der bisherigen offiziösen Vertreterin Rußlands in Christiania, für Rußland unterzeichnet. Ein offizielles Communique ist für Sonnabend angekündigt. Es soll genaue Einzelheiten über den Inhalt der Verträge enthalten. Schon jetzt verlautet aber, daß eine der Hauptbedingungen der Anerkennung die Anerkennung der Inselgruppe von Spitzbergen als norwegisches Gebiet bilde.

*

Holland und Sowjetrußland.

In Erwiderung einer Anfrage über die Beziehungen Hollands zu Sowjetrußland teilte der holländische Außenminister mit, Verhandlungen über die Wiederherstellung normaler Handels- und diplomatischer Beziehungen zu Sowjetrußland seien nicht im Gange, doch sei ein Sekretär des russischen Vertreters in London auf der Durchreise im Haag gewesen und habe dem Außenministerium Mitteilungen über die Auffassung der Regierung hinsichtlich einer Wiederaufnahme der Beziehungen gemacht.

Fort mit der 3. Steuernotverordnung!

Der SPD. widmet der 3. Steuernotverordnung eine längere Abhandlung, in der diese Verordnung als „höchst dilettantenhafter Versuch, die Inflation innerhalb der privaten Wirtschaft zu liquidieren“, bezeichnet wird und mit Recht gesagt wird, daß diese Regelung, abgesehen von dem durch sie diktierten freien Mietzins, sehr wenig mit der Aufbringung neuer Steuern und der Erschließung neuer Steuerquellen zu tun habe.

Die Betrachtung schließt mit folgenden Feststellungen, denen wir uns in vollem Umfang anschließen: Im Fünfzehnerausschuß des Reichstags konnte keine Einigung über die Verordnung erzielt werden. Wenn Herr Luther nun behauptet, „es habe sich eine starke Annäherung der Parteien ergeben“, so trifft das nicht zu. Die Sozialdemokratie wird zum Beispiel die freie Miete und die Nacherpropiation der kleinen Sparer nicht dulden; denn wenn der Landwirt, der allerdings Roggen und Weizen unter Friedenspreis verkauft, Milch und Butter und Eier aber zu übersetzten Preisen losschlägt, mit Schonung behandelt werden soll, dann hat der Arbeiter und Beamte, der unter Friedenslohn arbeitet, ein Recht auf dieselbe Rücksichtnahme. Das gilt um so mehr, als es sich tatsächlich in der dritten Steuernotverordnung weniger um die Aufbringung neuer Steuern als um die Regelung der Aufwertungsfrage im Interesse bestimmter Bevölkerungsschichten handelt. Da der Reichstag einzelne Bestimmungen der Verordnung nicht ändern und die Verordnung nur entweder ganz annehmen oder ganz ablehnen kann, muß gefordert werden, daß er möglichst schnell die ganze Verordnung in den Orkus verschwinden läßt.

Die ersten innerpolitischen Widerstände gegen die Arbeiterregierung.

SPD. London, 15. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Die Londoner Blätter besprechen ausführlich den von den Liberalen im Unterhaus eingebrachten Antrag gegen den Gesundheitsminister Wheatley. Der Antrag geht dahin, daß die von dem sozialistischen Stadtrat der Londoner Vorstadt Poplar ausgezahlten Arbeitslosenunterstützungen, die vom Minister gutgeheißen wurden, wieder rückgängig gemacht werden. Die Blätter sind der Auffassung, daß eine ganze Anzahl von konservativen Abgeordneten diesen liberalen Antrag unterstützen werden, jedoch soll seine Begründung in einer Form erfolgen, die vom Ministerpräsidenten nicht als ein Mißtrauensvotum minister betrachtet zu werden braucht. Der Antrag besagt kurz, daß die vom Minister angeordnete Maßnahme die Gesetzwidrigkeit und Vergeudung fördern würde, und erklärt des weiteren, daß das einzige Mittel, den Schwierigkeiten zu steuern, in denen sich die von der Not heimgesuchten Bezirke befinden, in einer Reform der Londoner Gemeindeverwaltung liege. Macdonald sagte am Donnerstag im Unterhaus, daß diese Frage nicht als eine Parteifrage behandelt werden sollte. Es handle sich nicht um einen Gegensatz zwischen Vergeudung und Sparsamkeit, sondern um die Wirksamkeit dieses oder eines andern Vorgehens. Indessen erwartet man, daß der liberale Führer Sir John Simon die Zurücknahme der Verfügung des Gesundheitsministers vor allem damit begründen wird, daß sie mit den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen im Widerspruch stehe. Die Arbeiterpartei stimmt grundsätzlich dem in dem Antrag zum Ausdruck gebrachten Standpunkt zu, daß die Maßnahmen mit den gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen nicht zu vereinbaren sei; aber wie Macdonald in seiner Rede erklärt hat, handelt es sich um längst veraltete gesetzliche Bestimmungen. Insbesondere müsse die Frage geprüft werden, inwiefern die kommunale Regierungspolitik finanziell den Bedürfnissen der armen Bevölkerung entspreche.

Die Pfalz-Ereignisse vor der französischen Kammer.

SPD. Paris, 16. Februar. (Drahtbericht.)

Im Verlaufe der gestrigen Kammerdebatte kam es zu einer kurzen Aussprache über die Ereignisse in der Pfalz. Der Abgeordnete Lefevre führte unter anderm aus: Die Ereignisse von Pirmasens müßten die Kammer zum Nachdenken veranlassen. In einem Ort, 11 Kilometer von Frankreichs Grenze, habe eine deutsche Truppe ein Gebäude belagert und gegen die Separatisten gewütet. Das bedeutet eine Angriffskraft, die für die Zukunft nicht gerade beruhigend wirkt. Der Royalist Daudet bemerkte, es sei ein außerordentlich ernstes Anzeichen, daß außerdem noch festgestellt werden könne, daß die französische Behörde eine große Zurückhaltung bewahrt hätte. — Diese Bemerkung veranlaßte Poincaré, in die Debatte einzugreifen. Er erklärte, die französische Besatzungsbehörde hätte die Neutralität bewahrt, indem sie so weit wie möglich für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sorgte. Die interalliierte Rheinlandkommission hat einstimmig den Belagerungszustand verhängt und es ist nicht bestimmt festzustellen, ob die Ereignisse uns Recht gegeben haben und ob unsere Alliierten begriffen haben, daß der Angriff von der nationalistisch-bayrischen Regierung ausginge. Am Schluß der Debatte stellte die Regierung die Vertrauensfrage. Sie wurde ihr mit 315 gegen 235 Stimmen ausgesprochen.

Die Pfalzvorgänge haben in dem Licht, wie sie in Frankreich erscheinen müssen und wie sie von dem nationalen Block ausgebeutet werden, unzweifelhaft zur Stärkung der Stellung Poincarés beigetragen. Seine Mehrheit in der Kammer ist sehr im Abbröckeln begriffen, aber Ausbrüche des Nationalismus in Deutschland kommen ihm immer wieder zu Hilfe, und wenn sich herausstellt, daß tatsächlich die bayrische Regierung an der Zuspitzung des Pfalzkonflikts aggressiv mitgewirkt hat, dann hat sie damit nur dem Einfluß Poincarés in der Rheinlandkommission wieder das Uebergewicht verschafft.

*

Wiederaufrichtung des pfälzischen Verwaltungsapparats.

Ueber die Besprechung des von der Reparationskommission eingesetzten Unterausschusses für die Pfalz mit Vertretern des pfälzischen Kreisrats meldet das „Berliner Tageblatt“ aus Speyer, die deutschen Vertreter hätten die unzweideutige Erklärung abgegeben, daß der Kreisrat keineswegs befugt sei, irgendeine Aktion vorzunehmen, der die rechtmäßige Pfalzregierung ausschalte. Im Laufe der Verhandlungen sei dann folgende Vereinbarung zum Zwecke der Wiederaufrichtung des Verwaltungsapparates getroffen worden: Die von den Separatisten ausgewiesenen pfälzischen Beamten sollen unverzüglich wieder zurückkehren. Die Rückkehr der von den Besatzungsbehörden während des Ruhrkampfes ausgewiesenen Beamten soll nach Prüfung von Fall zu Fall erfolgen. Die in der Pfalz verbliebenen Beamten sollen unverzüglich ihre Arbeit wieder aufnehmen. Die von deutscher Seite gestellte Forderung, daß die Separatistenherrschaft restlos beseitigt wird, soll Berücksichtigung finden. In allen diesen Fragen soll der Verhandlungsausschuß des Kreistages die Vermittlerrolle zwischen der interalliierten Kommission, der Bevölkerung, der Reichsregierung und der bayrischen Regierung spielen. Die zunächst provisorischen Vereinbarungen unterliegen noch der Genehmigung der pfälzischen Regierung, die bekanntlich ihren Sitz nach Heidelberg verlegt hat.

WTB. Speyer, 15. Februar. Gestern nachmittag wurden sämtliche städtischen Vertreter, der Vertreter des Landkreises und drei Delegierte der pfälzischen Presse von dem von der interalliierten Rheinlandkommission eingesetzten Untersuchungsausschuß empfangen. In der Aussprache wurde erklärt, die Kommission sei gekommen, um Ruhe und Ordnung zu schaffen, wobei sie die Unterstützung der Bevölkerung erhoffe. Die Bevölkerung, welcher Parteirichtung sie auch angehöre, werde aufgefordert, mit unbedingter Ruhe die zu treffenden Maßnahmen abzuwarten. Unruhen, Kundgebungen usw. müßten bestraft werden.

Durch eine Verfügung des Kreisdelegierten der Pfalz wurden sämtliche Sport- und Studentenvereinigungen im Bezirk Kaiserslautern aufgehoben.

In Pirmasens herrscht Ruhe. Die Separatisten wurden unter dem Schutze der Franzosen zum Teil aus der Stadt abtransportiert, zum Teil befinden sie sich noch unter polizeilicher Bewachung.

In Neustadt a. d. H. sind Arbeiter, Beamte und Geschäftsleute wegen der Fortdauer der Separatistenherrschaft in den Protestiestreik eingetreten, der restlos durchgeführt wurde.

Drei Vertrauensfragen Poincares an einem Tage.

Die Finanzdebatte in der französischen Kammer geht weiter. Der Abgeordnete Bonnefous stellt einen Abänderungsantrag zu dem Steuererhöhungsentwurf, der die Auflegung einer unverzinslichen Anleihe in Höhe von 4 Milliarden Frank, rückzahlbar für halbjährliche Auslosungen in 20 Jahren, mit Prämien von 500 bis 100 000 Frank vorsieht. Auf Einwendungen des Finanzministers hin wandelt der Abgeordnete seinen Antrag in einen Zwangsanleihevorschlag um.

Poincaré stellt die Vertrauensfrage. Unter lebhaftem Protest erklärt der Antragsteller, die Vertrauensfrage mache ihm die Verteidigung seines Vorschlages unmöglich. Wenn ihm das Recht hierzu genommen werde, so gebe es überhaupt kein Parlament mehr. Der Ministerpräsident wiederholte die Vertrauensfrage und setzt auseinander, daß lediglich die Regierung die nötigen Informationen besitze, um die Zweckmäßigkeit von Anleihen beurteilen zu können. Der Antrag Bonnefous wurde darauf mit 330 gegen 248 Stimmen abgesetzt.

Ein weiter von dem Soz. Uhry eingebrachter Antrag, der die Steuererhöhung von schärfster Kontrolle der in Privatbesitz befindlichen Devisen abhängig macht, wird von der Kammer, nachdem die Regierung nochmals die Vertrauensfrage gestellt hat, mit 372 gegen 195 Stimmen abgelehnt.

Nachmittags wurde die Debatte über die 20 %ige Steuererhöhung wieder aufgenommen. Die Kammer beschäftigte sich u. a. mit einem Abänderungsantrag Lefebres. Auch hinsichtlich dieses Antrages, der sich auf die Auflegung einer fristlosen Prämienanleihe bezieht, wurde, nachdem die Regierung die Vertrauensfrage gestellt hatte, mit 315 : 235 Stimmen abgelehnt.

*

Poincaré hat also im Verlaufe eines Sitzungstages dreimal die Vertrauensfrage gestellt — gewiß ein ungewöhnlicher Vorgang. Man wird diesen Tatbestand trotzdem nicht überschätzen dürfen und sich davor hüten müssen, darin ein Zeichen übertriebener Nervosität Poincarés oder gar der Schwäche seiner Stellung zu sehen. Gewiß ist Poincarés

Das Wirtshaus zur Kapelle.

Roman von Gustav Schröer.

[42]

Hans Wohlgemut las, vernahm Schritte, legte das Buch beiseite und sah den Eintretenden mit großen Augen entgegen. Sie kamen Hand in Hand auf ihn zu. Da streckte er ihnen beide Arme weit entgegen. „Es ist so weit? Was ich mich freue, was ich mich freue!“

Er umschlang Elfriede Kolbes Hals, die sich über ihn neigte, küßte sie, jubelte: „Gerd, den mußt Du mir noch gönnen. Es bleiben noch genug für Dich,“ scherzte: „Er schmeckt übrigens schon nach Deinem Schnurrbart,“ faßte Gerhard Saßners Hand: „Junge, was bist Du glücklich! — Endlich, endlich, was habt ihr zwei für Zeit gebraucht! Aber so sind die Poeten!“ —

Dr. Stein, der den Maler andern Tages besuchte, fand, daß es ihm erheblich besser ging. —

Vierzehn Tage darauf mußte Gerhard Saßner zur Prüfung reisen. Er bestand sie, und Schulrat Heinrichs bot ihm für den nächsten Vierteljahrsersten eine Stelle an einer Mittelschule an.

„Herr Regierungsrat,“ sagte Saßner, „ich danke Ihnen herzlich, aber ich bitte: Lassen Sie mich in Hilgendorf bleiben.“

Der Schulrat lachte. „Das verstehe ich nicht. Warum machen Sie denn die Prüfung, wenn Sie in Hilgendorf bleiben wollen. Ein Paradies ist das Dorf doch nicht gerade.“

„Wie man es nimmt, Herr Regierungsrat. Ich habe mich mit Elfriede Kolbe verlobt.“

Da lachte der weißhaarige Mann. „Das ist das junge Mädchen aus der Kapelle? Dann allerdings. Wollen Sie nun auch die Rektorprüfung von Hilgendorf aus machen? Ja? Meinetwegen, wird schon gehen, aber so langsam müssen Sie sich doch mit dem Gedanken vertraut machen, aus Hilgendorf fortzugehen.“

„Ich weiß, Herr Regierungsrat.“

„Na, dann Gott befohlen.“

Der Draht trug die Freudenbotschaft in die Kapelle. Elfriede hatte Hans Wohlgemut gesagt, wohin Gerhard Saßner gegangen war, und hatte es fertig gebracht, den ernstlich verstimmten Freund zu versöhnen.

„Hans,“ sie sagte nun nicht mehr „Onkel“ Hans, „Du hättest ihn doch ausgelacht, wenn er es Dir erzählt hätte.“

„Möglich. Darf man denn bei Euch nicht mehr lachen?“

„Gerhard hat das so ernst genommen und . . .“

„Langweilig ist er und heimtückisch.“

„Bist Du böse, Hans?“

„Ja, ernstlich und gründlich.“ Dabei wetterleuchtete es in seinem Gesicht, als sei irgendein lustiges Wort unterwegs. Elfriede lachte. „Nun kenne ich mich schon aus, Hans. Wie wollen wir ihn denn empfangen?“

„Denkst Du, ich hänge meine schönen Taschentücher wieder heraus? Die sind mir viel zu schade.“

„Waren auch für mich zu schade.“

„Recht hast Du, aber — ich bin anderer Meinung.“

So neckten sie sich.

Als Gerhard Saßner, neben Christian Schuch sitzend, angefahren kam, Elfriede ihm um den Hals fiel, Hans Wohlgemut knurrend auf und ab ging, da war das alles so von innerer Freude übersonnt, daß der alte Postillon zu Mutter Kolbe sagte: „Schöner kann's auch nicht gewesen sein, als der Napolium in Paris einzog, bloß ein paar mehr Leute.“

Christian war nach außen hin der Alte geblieben. Innerlich war er völlig vereinsamt. Auch sein letztes Kind war an der Schwindsucht gestorben. Seine Lieder klangen wehmütiger, vierzehn Tage lang hatte er nur Trauermelodien geblasen, dann sagte er halblaut vom Bocke herab: „Christian, was kann der schöne Wald dafür, daß Dein letztes Kind gestorben ist. Hinter Dir im Wagenkasten sitzt ein junges Mädel, das zu ihrem Liebsten nach Langstadt hinauffährt. — Halt das Maul, alter Husar und wehr' Dich nicht. Du hast Deine Pflicht zu tun!“ Darauf blies er: Wer hat dich, du schöner Wald . . . und dann: O Täler weit, o Höhen. Als er hernach vier Wochen später zum ersten Male blies: Soldaten, das sein lust'ge Brüder, da brach er mitten in der Strophe ab. Erst nach drei Tagen hat er sie fertig geblasen.

Zu der Verlobung Elfriede Kolbes und Gerhard Saßners sagte er nichts. Er sah nur seinen Freund, den Maler, von der Seite her an und sprach weise: „Manchmal geht das anders als man denkt,“ worauf ihm Wohlgemut zunickte: „Ja, Christian, meistenteils, aber dann ist es gewöhnlich das Richtige.“ —

Ganz Hilgendorf redete von Gerhard Saßner. Er habe noch eine Prüfung gemacht, nun hätte er an irgendeine hohe Schule kommen sollen, aber er habe gesagt, es gäbe nur ein Hilgendorf. Das sei doch schön. Daß er sich mit Elfriede Kolbe verlobt, gab keinen Stoff zu Gesprächen. Selbstverständlich! Das hatte man doch kommen sehen.

Johannsen besuchte die Schule, ließ die Kinder in Saßners Klasse aufstehen und im Chor sprechen: „Wir gratulieren,“ drückte ihm fest die Hand und sagte: „Ich bin nun neugierig, wie das mit der Kapelle werden wird.“

Er war nach wie vor dahinter her, den Verkehr in Adam Süßenguts „Lustigem Mann“ nicht abzubrechen. „Wehrlos machen durch Freundlichkeit ist viel schlauer als durch Streit. Erstens ist es leichter, zweitens ist es bequemer und drittens ist es sicherer. Man muß sich die Leute verpflichten, aber man muß es ihnen auch bei gegebener Gelegenheit zeigen, daß sie einem verpflichtet sind. Was ist denn weiter dabei? So wochentags nachmittags sitzt es sich wirklich mal ganz schön bei Adam. Das heißt, wenn er da ist. Er ist höllisch oft auf Reisen. Sonnabend und Sonntag haben wir nichts dort verloren. Da geht jetzt nur Vorsteher Weiße hin. — So was, so was, Herr Saßner. Wenn ich wenigstens noch ehrlich darüber lachen oder fluchen könnte, aber ich bring's nicht fertig. Keins von beiden bring' ich fertig.“ —

Vorsteher Weiße hatte abermals an Eberhard Ilgner geschrieben und ihm bei Ueberlassung der Hypothek ein gutes Aufgeld geboten. Ilgner schlug aus. Weiße wußte von vornherein, daß der Weg nach Langstadt, den er darauf ging, vergeblich sein würde, aber er ging ihn, machte im Vorschußverein den Vorschlag, ihm die erste Hypothek auf die Kapelle abzulassen. Sie lachten ihn aus. Es lag keine Schlauheit mehr in seinem Tun, nicht einmal mehr Wildheit; er war verbohrt, und Dr. Stein sagte, nachgerade werde es pathologisch.

Vorsteher Weiße schrieb an die Oberpostdirektion, die alte Fahrpost sei nicht mehr zeitgemäß. Heute müsse man Kraftwagen haben, und die Hilfsstelle gehöre längst woanders hin, nicht in das vom Dorfe abgelegene Kapellenwirtshaus. Er sah klar, daß es nicht anging, zu verlangen, die Post möge den Umweg, die Dorfstraße herab, den Laßgrabenweg hinauf bis zum „Lustigen Mann“ machen, um dann auf einem schlechten Feldwege die Hauptstraße wieder zu erreichen. Zu seiner eigenen Ueberraschung fand er Entgegenkommen. Die Oberpostdirektion schrieb, wenn es allgemeinen Wunsch des Ortes sei, daß die Hilfsstelle verlegt werde, so stehe der Erfüllung des Wunsches nichts entgegen, nur müsse dann der Feldweg zur Fahrstraße ausgebaut werden. Weiße trat mit einem entsprechenden Gesuch an die Gemeindevertretung heran. Man lehnte es rundweg ab. Die Männer verstanden, daß Weiße die Kapelle schädigen wollte, schüttelten die Köpfe, und es war nicht einer unter ihnen, in dessen Augen nicht ein Bedauern gelegen hätte.

Die Hilfsstelle blieb, wo sie war, aber die alte, gute, gelbe Postkutsche verschwand. Mit ihr schied Christian Schuch, der treue, leidgeprüfte und allezeit fröhliche, von der Straße zwischen Hermannsau und Langstadt, mit ihr gingen ein Stück Poesie und gemütvoller alter Zeit schlafen. Der Kraftwagenverkehr wurde eingerichtet. Christian Schuch war zu alt, umzulernen. Wäre er zwanzig Jahre jünger gewesen, er hätte es auch nicht übers Herz gebracht, statt: Muß i denn oder: Wer hat dich, du schöner Wald . . . mit Kunst und Gefühl auf dem Horne zu blasen, den Gummiball zu drücken und in die Welt zu blöken. Christian setzte sich zur Ruhe, hatte in Langstadt seine bescheidene Wohnung gekündigt und wollte zu seinem Freunde Konrad Angermann nach Hilgendorf ziehen. Dann war endlich Zeit, sich gründlich über den Napoleon auszusprechen.

Heute fuhr Christian zum letzten Male, und zwar die Strecke von Langstadt nach Hermannsau. Es war ein arbeitsmüder Augustabend. Auf den Feldern standen die letzten, schweren Garben, gegeneinander gelehnt, in Puppen. Die Blätter der Apfelbäume am Wege waren durch den gestrigen Gewitterregen sauber gewaschen, just, als hätten die Bäume Christian zu Ehren ihren Feiertagsstaat angelegt. Vom Langstädter Walde herein standen an die hundert blitzsaubere, starke Birken hüben und drüben als Straßenbäume. Die waren Christians Lieblinge schon immer gewesen. Einmal weil sie der Napolium gepflanzt hatte, dann weil sie entschieden die Vornehmsten am ganzen Wege waren und sich immer besonders gaben. Es ist nicht zu zählen, wieviel Reisende Christian im Winter auf die rauhreifglitzernden, lichtübersprühten Edelleute aufmerksam gemacht hat. Blies er im Frühjahr den ganzen Weg von Langstadt bis Hermannsau oder umgekehrt, — wenn er an die Birken kam, legte er das Horn neben sich und nahm die Lungen ganz voll des herbsüßlichen Duftes. — Langsam fuhr der Postwagen aus Langstadt hinaus. Der Postmeister reichte Christian die Hand auf den Bock hinauf. „Gute Fahrt, Schuch, zum letzten Male.“

(Fortsetzung folgt.)